

Wie vielfältig und wie selbstkritisch ist die ökonomische Bildung?

Ergebnisse einer Befragung zum wirtschaftswissenschaftlichen Selbstverständnis der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung

Volker Bank *, Ewald Mittelstädt **

* Professur für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Technische Universität Chemnitz

** Professur BWL, insbesondere Entrepreneurship Education, Fachhochschule Südwestfalen

Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrages ist es, die Vermutung zu untersuchen, es gäbe eine „orthodoxe mainstream economics“, welche die Vertreter der ökonomischen Bildung ins Zentrum der Bemühungen um die Etablierung eines Faches Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen stellten. Diese Vermutung wird in Form eines Vorwurfs von Fortschrittsfeindlichkeit und Einseitigkeit vorgetragen. Bislang handelt es sich um eine Behauptung ohne empirischen Gehalt. Um dieses zu untersuchen, wird ein Befragungsinstrument genutzt, das eine Selbstzuordnung der Vertreter der ökonomischen Bildung zu finanz-, wirtschafts- und strukturpolitischen Aussagen sowie zu den Folgen der Finanzkrise für Lehre und Forschung abfragt und dies um parteipolitische Sympathien sowie um eine Zuordnung zu ökonomischen Denkschulen ergänzt. Die Befragung wurde 2015 bereits bei 1.002 Ökonominen und Ökonomen des Vereins für Socialpolitik (VfS) durchgeführt und 2016 im Rahmen dieser Untersuchung bei 94 Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB) wiederholt. Ist die Gruppe der befragten VfS-Mitglieder schon deutlich breiter in ihren Einstellungen aufgestellt, als man es vermuten würde, gilt das für die DeGÖB-Mitglieder in signifikanter Weise noch eindeutiger. Das Verhältnis der ökonomischen Bildung zur Ökonomik ist paradigmoffen und selbstkritisch.

Abstract

This paper aims at the conjectures on the position of the academics in economic education being part of a so-called “orthodox mainstream economics”. As such, the actions of the protagonists of a subject “economics and financial education” as a part of general education at school are rated anti-progressive and partial. Up to now, this is an averment without empirical evidence. In order to gain more evidence, an investigation into the self-positioning of the protagonists in economics education has been carried out. They were asked to claim their positions in statements on finance, on economic policy, on structural policy, and financial crisis, accompanied by questions on closeness to political parties and schools of thought in economics. This instrument was applied earlier on 1002 economists from the Verein für Socialpolitik (VfS) and now repeated on 94 members of Deutsche Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB). The group of economists of the VfS already being characterised by far by a much wider range of convictions and attitudes than expected, the multiplicity of positions of the educationalists of the DeGÖB is even larger. Paradigmatic openness and readiness to self-reflection are the factual features of the economic understanding of the protagonists in economics education.

1. Ökonomische Bildung – allgemeine oder affirmative Bildung?

Fraglos hat die Ökonomie mit ihren Imperativen die modernen Gesellschaften bis in den letzten Winkel durchdrungen. Weniger fraglos ist dagegen, ob das nicht immer schon so war. Vielleicht ist nur das reflexive Bewusstsein in Sachen Ökonomisierung größer geworden. Ein Bereich konnte sich unterdessen der Ökonomisierung widersetzen, jedenfalls inhaltlich: die allgemeinbildenden Schulen. Mit dem Postulat der Neuhumanisten, dass zwingend zunächst eine sittliche Reife erlangt werden müsse (bescheinigt durch das Reifezeugnis Matura oder Abitur), bevor man sich den Gefährdungen des Geldverdienens aussetze, verwiesen sie die ökonomische Bildung in spätere Phasen des Lernens außerhalb der allgemeinbildenden Schulen (Humboldt 1809, 276).

Nachdem es immer wieder Bestrebungen gegeben hat und gibt, jungen Menschen gleichwohl auch in diesem gesellschaftlichen Teilbereich schon vor dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule eine entsprechende Vorbereitung angedeihen zu lassen, ist es angesichts dieser Jahrhunderte währenden Tradition nicht verwunderlich, dass sich dagegen Widerstände regen. Dabei hatte schon Theodor Franke (1903) vor dem Verein für wissenschaftliche Pädagogik, damals einer Vereinigung von Herbartianern, auf die Notwendigkeiten und Erfordernisse einer ökonomischen Bildung verwiesen (Bank/Lehmann 2014). Er argumentierte, dass eine „allgemeine gleichschwebende Bildung“, die man im Anschluss an Herbart für die allgemeinbildenden Schulen gefordert hatte, unmöglich einen kompletten Lebensbereich einfach ausklammern könne (wörtlich ist bei Herbart die Rede von „Vielseitigkeit des Interesses“, die im Unterricht anzustreben sei; 1835, § 62).

Dieselbe Forderung ist heute Anlass, einen Ideologieverdacht gegen all jene auszusprechen, die sich für eine grundlegende ökonomische Bildung als Lernziel im allgemeinbildenden Schulwesen aussprechen oder die sich in der Wirtschaftsdidaktik wissenschaftlich damit beschäftigen. Diese Personen sind mehrheitlich organisiert in der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB), die damit ebenfalls zum Zielpunkt der Kritik wird. Konkret formuliert werden die Vorwürfe zum Beispiel in der folgenden Form:

„Die Kampagne ‚Wirtschaft in die Schule‘ motiviert sich wesentlich daraus, der Legitimationskrise von Marktwirtschaft und Kapitalismus entgegenzutreten, indem man Kinder und Jugendliche zum Glauben an die grundsätzliche Überlegenheit von kapitalistischer Gesinnung, Privatunternehmen, Markt, und Wettbewerb erzieht. Deshalb steht die orthodoxe mainstream economics im Zentrum, ergänzt um außerwissenschaftliche Ziele

wie ein positives Unternehmerbild oder Rückbau des Sozialstaats; wirtschaftswissenschaftliche Alternativansätze und andere Sozialwissenschaften bleiben weitgehend ausgeblendet.” (Hedtke 2008, 457/458)

Selbstverständlich kann und muss man von allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erwarten, eine kritische Haltung gegenüber ideologisch motivierten Initiativen einzunehmen. Allerdings sollte ebenfalls erwartet werden können, dass Ideologievorwürfe nicht pauschal und ungeprüft vorgebracht werden, um damit ein Schulfach Wirtschaft oder eine wissenschaftliche Fachgesellschaft, die vor dem Hintergrund einer langjährigen und intensiven Auseinandersetzung mit wirtschaftsdidaktischen Fragen satzungsgemäß unter anderem die Förderung eines solchen Schulfaches unterstützt (DeGÖB 2012), zu diskreditieren.

Die Vorwürfe reproduzieren auf der Ebene einer wissenschaftlichen Fachdidaktik andere Vorwürfe, wie sie gegen die Wirtschaftswissenschaften selbst erhoben worden sind. Diese lauten etwa, dass die Wirtschaftswissenschaft mit „Scheuklappen“ operiere (Dürmeier/Egan-Krieger/Peukert 2006, 1), oder einem „Modellplatonismus“ fröne (Albert 1967, 331). Albert verband damals seine Kritik ebenfalls mit dem Vorschlag, eine konsequente Soziologisierung des ökonomischen Denkens zu betreiben. In der Soziologie und in anderen Beiträgen außerhalb der Wirtschaftswissenschaft werden seither ökonomische Argumente häufig als „neoliberal“ prädiert, und meist das gemeint, was im ideengeschichtlichen Sinn „neoklassisch“ genannt wird (Zinn 2006). Infolgedessen wird die oben zitierte „orthodoxe mainstream economics“ als „neoliberal“ und insofern negativ konnotiert beschrieben, obwohl gerade der Neoliberalismus, ideengeschichtlich korrekt rezipiert, eine neoklassisch-liberale Sichtweise einer sich ausschließlich selbst steuernden Wirtschaft ablehnt und damit das theoretische Fundament für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland gelegt hat (Müller 2007).

Der Verein für Socialpolitik (VfS), die größte wissenschaftliche Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftswissenschaftlerinnen in Deutschland, hat sich den erwähnten Vorwürfen mit einer empirischen Studie über die Einstellungen ihrer Mitglieder gestellt (Fricke 2015). Dabei konnte die Hypothese einer einheitlichen Grundhaltung der VfS-Mitglieder und einer einseitigen Verpflichtung auf eine „orthodoxe mainstream economics“ nicht bestätigt werden. Zur Versachlichung der bildungspolitischen Kontroverse um ein Schulfach Wirtschaft wird mit diesem Beitrag dieselbe Hypothese bei den Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaftsdidaktik untersucht.

2. Methodik: Instrument und Sample

Die Forschungsfrage erfordert einen deskriptiven Ansatz, da geklärt werden soll, wie monoparadigmatisch, homogen und geschlossen das ökonomische Weltbild der Vertreterinnen und Vertreter der ökonomischen Bildung in Deutschland aussieht. Um die Positionierung der ökonomischen Bildung im Strom der Ökonomik besser einordnen zu können, findet sie relativ zu den Einstellungen der Ökonomen und Ökonominen insgesamt statt. Dazu wurden Umfrageergebnisse des Internetportals NeueWirtschaftswunder.de genutzt, das 1.002 deutschsprachige Mitglieder des Vereins für Socialpolitik (VfS) im April/Mai 2015 befragt hat (Fricke 2015). Der VfS ist mit über 3.800 Mitgliedern die größte Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern in Europa, der größte Teil ist in Deutschland, Schweiz und Österreich beheimatet. Die Items der Wirtschaftswunder-Befragung stammen aus Vorgängererhebungen der Financial Times Deutschland 2006 und 2010 sowie einer deutsch-amerikanischen Umfrage aus dem Jahr 1982. Das Befragungsinstrument umfasst neben Fragen zur Demografie ein Item zur politischen Orientierung und eines über die Zuordnung zu ökonomisch einschlägigen Denkschulen. Durch Detailfragen in den Bereichen Finanz-, Währungs- und Strukturpolitik werden die Einstellungen zu ökonomischen Denkschulen konkretisiert. Abschließend geben Fragen nach den Folgen der Finanzkrise für Forschung und Lehre Auskunft über die Fähigkeit zu Selbstkritik und Weiterentwicklung.

Das Befragungsinstrument wurde unter den Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB) im Februar 2016 angewendet. Die DeGÖB ist die größte Vereinigung von deutschsprachigen Wirtschaftsdidaktikerinnen und Wirtschaftsdidaktikern, die insbesondere die ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen beforschen. Da es sich bei den 171 Mitgliedern der DeGÖB um eine kleine Grundgesamtheit handelt, wurde durch die Aufforderung zur Teilnahme an einer Online-Umfrage im Februar 2016 eine Vollerhebung angestrebt. Es wurden insgesamt 149 Mitglieder (= 87,1 %) per E-Mail angeschrieben. Dies sind alle, die eine E-Mail-Adresse in der Vereinsdatenbank hinterlegt haben. Mit einem Rücklauf von $n = 115$ (oder 67,3 % der Mitglieder) konnte eine sehr gute Beteiligung erzielt werden, von denen $n = 94$ Datensätze (d. h. 55,0 % der Mitglieder) in die Auswertung aufgenommen werden konnten. Zu begründen ist der hohe Rücklauf durch mehrmalige, anonymisierte Erinnerungen durch das Online-Umfragewerkzeug LimeSurvey (2015).

Von den 94 Teilnehmenden der Umfrage waren:

- 70,2 % männlich (DeGÖB 65,5 %)
- 39,4 % promoviert (48,0 %)
- 36,2 % berufen (30,4 %)
- 51,1 % 40 Jahre oder jünger (32,2 %)

E-Mail-Adressen und Rücklaufmerkmal, weitere Stammdaten der Mitglieder und die Befragungsergebnisse wurden aus Gründen der Anonymisierung jeweils getrennt verwaltet. Daher ist nicht bekannt, inwieweit die E-Mail-Erreichbarkeit mit demografischen Merkmalen der DeGÖB-Mitglieder korreliert. Der Nachwuchs (Nicht-Promovierte unter 41 Jahren) ist – mutmaßlich aufgrund des Online-Befragungskanals – im Vergleich zur Demografie des Gesamtvereins überrepräsentiert. Promovierte über 40 Jahre sind hingegen unterrepräsentiert, nicht jedoch diejenigen, die zugleich eine Professur bekleiden.

Zur weiteren Beschreibung des Samples wurde nach dem akademischen Selbstverständnis der DeGÖB-Mitglieder gefragt (vgl. Abb. 1). Es deutet sich – bei aller im Zusammenhang mit ordinal angelegten Schätzskalen stets gebotenen Zurückhaltung – an, dass der fachinhaltlichen Souveränität („Sehr gute inhaltliche Kenntnisse in einer Bezugswissenschaft“) mit einem Mittelwert von $M = 2,8$ ($SD = 0,4$) die höchste Bedeutung zukommt. Dies unterstreicht die Relevanz der Fachwissenschaft für die Fachdidaktik und ist ein Indikator für die hohe Verbundenheit mit der Bezugswissenschaft. Nahezu gleichauf, jedoch hinter der inhaltlichen liegt die fachdidaktische Expertise („Möglichst breites Wissen der fachdidaktischen Literatur“; $M = 2,7$ und $SD = 0,5$). Die geringen Standardabweichungen deuten auf eine hohe Stabilität und einen Grundkonsens bei diesen Einschätzungen hin. Von hoher Bedeutung ist auch die empirische Forschung („Interesse an und Kenntnisse in empirischer Forschung“; $M = 2,6$ und $SD = 0,6$). Schlusslicht bildet die Schulpraxis („Umfangreiche Schulpraxis“; $M = 1,8$ und $SD = 0,7$).

Was macht eine gute Forscherin oder einen guten Forscher der Ökonomischen Bildung aus?

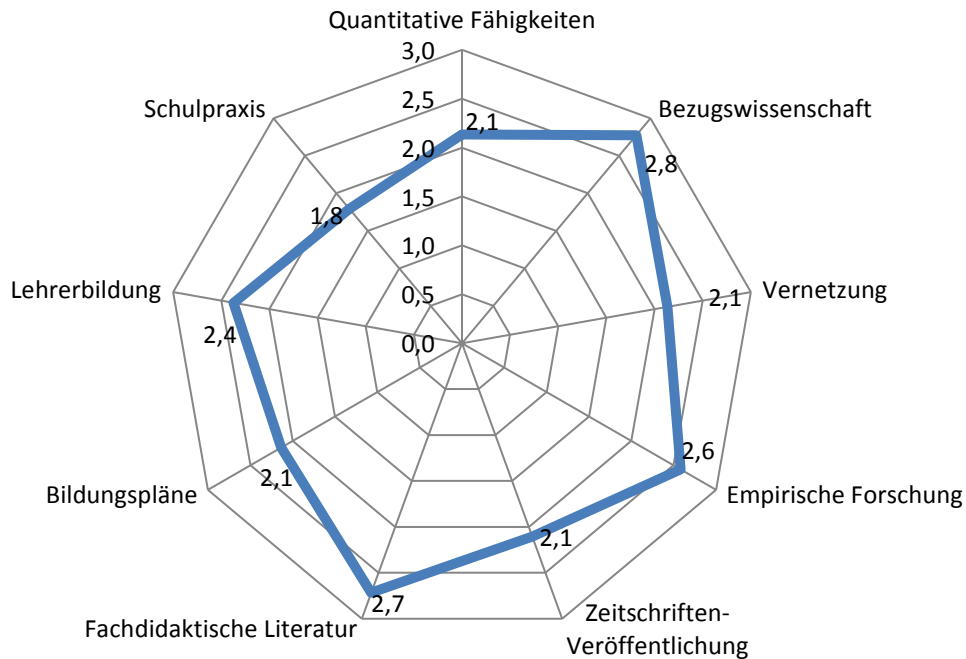


Abbildung 1: Akademisches Selbstverständnis

3. Ergebnisse

Da der Vorwurf lautet „Wirtschaft in die Schule“ sei eine politische Kampagne, ist es relevant zu ermitteln, welche politische Orientierung bei den Mitgliedern der jeweiligen Vereinigung dominiert. Dies geschah anhand einer Frage nach der größten Sympathie für eine politische Partei in Deutschland (vgl. Abb. 2). Die Ergebnisse wurden zur besseren Einordnung in den zeitlichen Kontext (Februar 2016) um die zur DeGÖB-Erhebung zeitgleichen Ergebnisse der Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“; Emnid 2016) ergänzt. Die Unterschiede in den parteipolitischen Sympathien zwischen DeGÖB- und VfS-Mitgliedern sind signifikant ($p < 0,05$). Es zeigt sich, dass Sympathien für die FDP und insbesondere für die Grünen im Vergleich zur Wahlbevölkerung stärker ausgeprägt sind. Unter den DeGÖB-Mitgliedern, jedoch nicht unter den VfS-Mitgliedern, gibt es eine ökologisch-soziale Mehrheit, in keinem der beiden Vereine jedoch eine liberal-konservative.

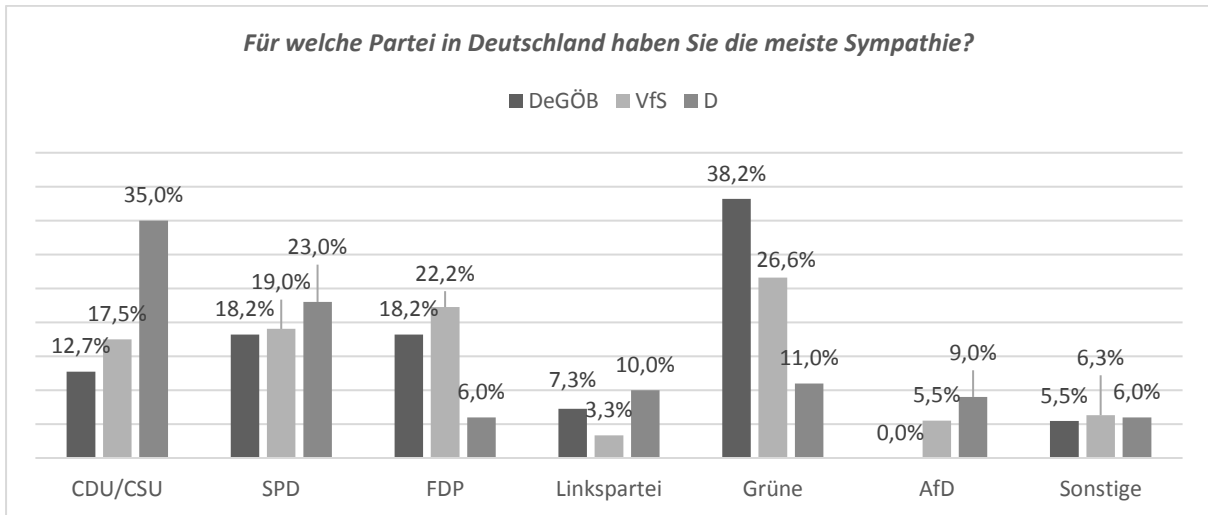


Abbildung 2: Politische Orientierung

Die Ergebnisse zur politischen Orientierung lassen bereits vermuten, dass auch die Zuschreibung zu ökonomischen Denkschulen weniger eindeutig ausfällt. Es zeigt sich, dass unter VfS-Mitgliedern die neoklassische Denkschule die größte Anhängerschaft aufweist, jedoch keine absolute Mehrheit stellt (vgl. Abb. 3). Bei den DeGÖB-Mitgliedern weisen Affinitäten zu einer anderen oder zu keiner Denkschule höhere Werte auf als diejenigen zur neoklassischen, die zudem nahezu gleichauf ist mit der keynesianischen. Der Unterschied in den Antworten zwischen DeGÖB- und VfS-Mitgliedern ist signifikant ($p < 0,05$). Unter den anderen Denkschulen wurden im zugehörigen Freitext von den DeGÖB-Mitgliedern Ordoliberalismus (bzw. Synonyme) und die (Neue) Institutionenökonomik am häufigsten genannt.

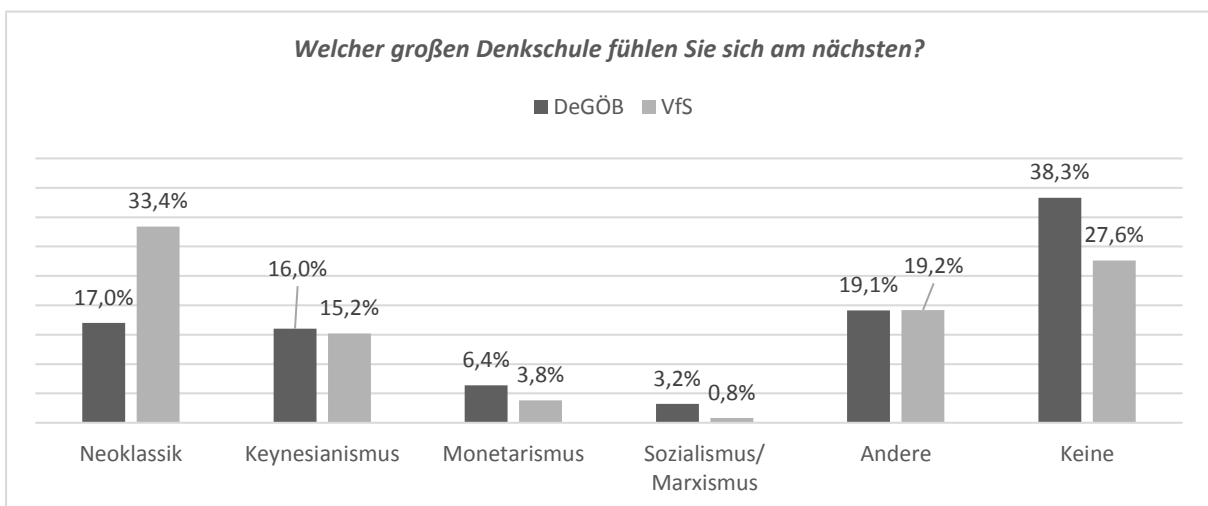


Abbildung 3: Affinität zu ökonomischen Paradigmen

Die globale Frage nach der Nähe zu einer ökonomischen Denkschule wurde konkretisiert durch Items zur Finanz-, Wirtschafts- und Strukturpolitik, die wie nachfolgend veranschaulicht werden.

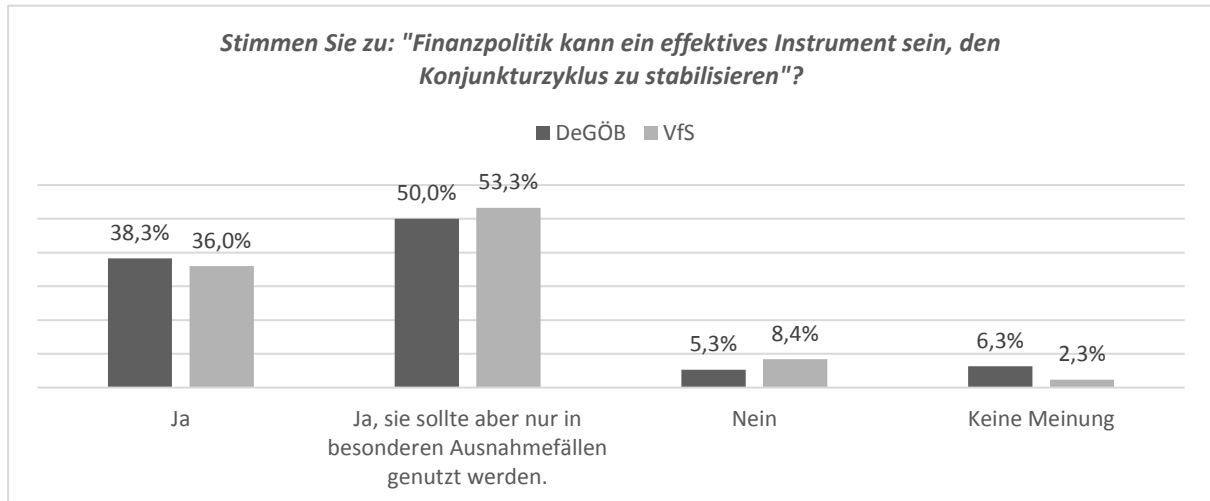


Abbildung 4: Finanzpolitik und Keynesianismus

Die Befürwortung der Konjunkturstabilisierung durch Finanzpolitik (vgl. Abb. 4) kann dem Keynesianismus zugeordnet werden. Die Auseinandersetzungen um angebots- oder nachfrageorientierte Lösungsansätze haben die ökonomischen und politischen Debatten des 20. Jahrhunderts seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren stark geprägt (Siebke/Thieme 1999, 99). Die breite Zustimmung zur Effektivität der Finanzpolitik zeigt, dass der Keynesianismus – wie von Samuelson und Nordhaus 2001 dargestellt – in der Mitte der Ökonomik angekommen ist und diese nicht nur exklusiv der Neoklassik zugeschrieben werden kann.

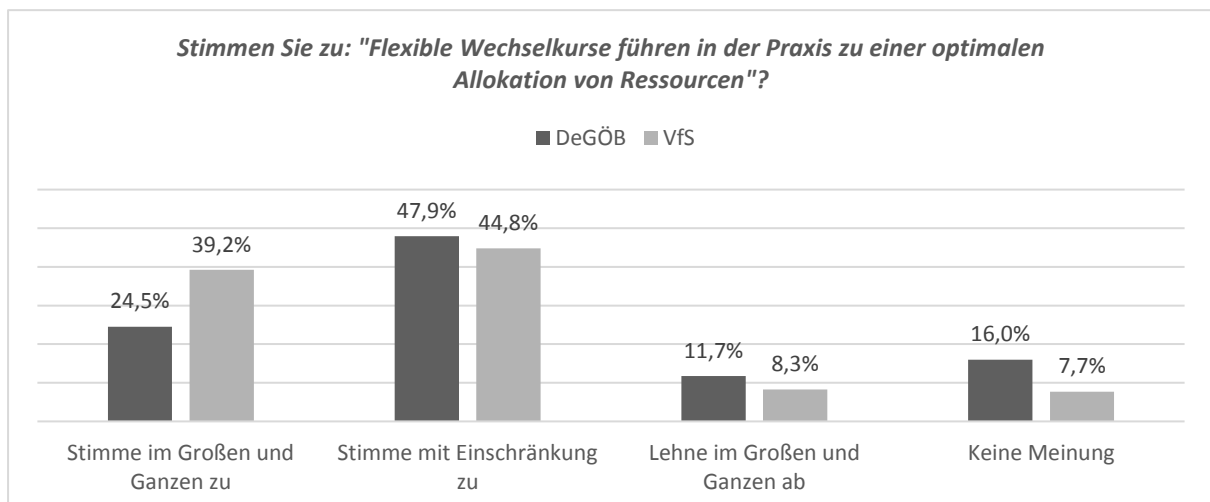


Abbildung 5: Wirtschaftspolitik und Monetarismus

Das Item zur Wirtschaftspolitik thematisiert flexible Wechselkurse (vgl. Abb. 5) und spiegelt den Grad der Zustimmung zu einer monetaristischen Position wider. Der Monetarismus geht auf Friedman (1956) zurück und ist aus der Kritik der geldtheoretischen Positionen des Keynesianismus entstanden. Wie der hohe Grad einer zumindest eingeschränkten Zustimmung zeigt, sind auch der Denkschule des Monetarismus zuzuordnende Positionen mehrheitsfähig.

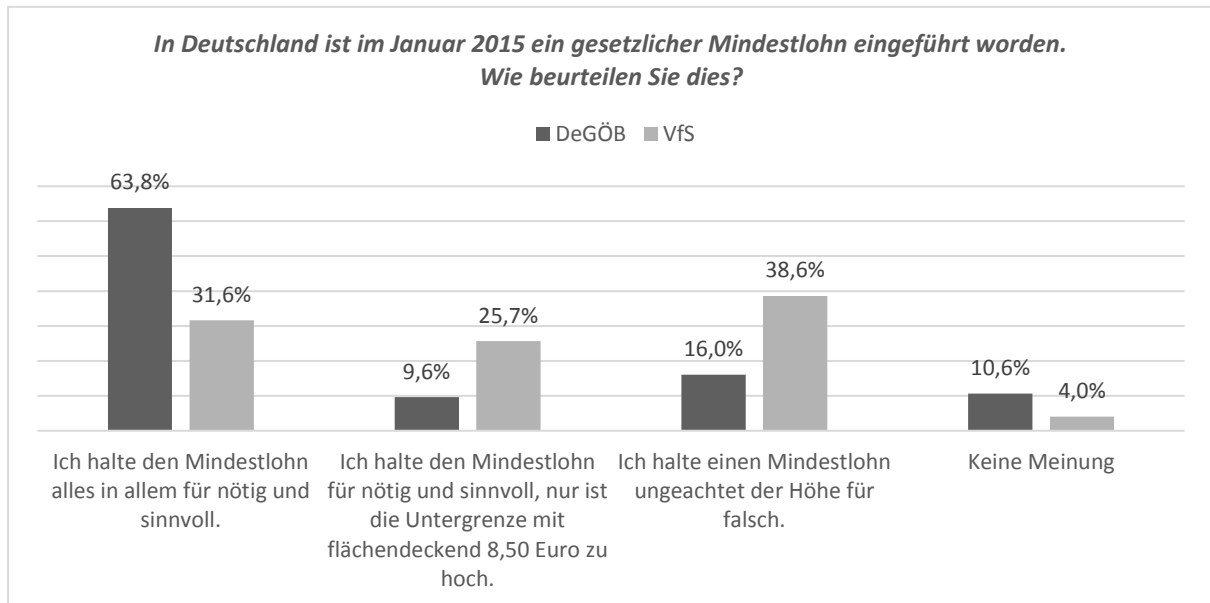


Abbildung 6: Strukturpolitik und Ordnungspolitik vs. Neoklassik

Mit einer Frage zur Einführung des Mindestlohns (vgl. Abb. 6) wurde eine relevante strukturpolitische Debatte aufgegriffen. Die Wirkung eines Mindestlohns wird sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wirtschaftswissenschaft kontrovers diskutiert (Card/Krueger 1995). Das Mindestlohn-Item zielt mittelbar auf eine Positionierung im Spektrum ordnungspolitischer vs. neoklassischer Beurteilungen. Während Eucken (1949) die staatliche Festsetzung von Minimallohnen als Teil der Sozialen Marktwirtschaft bedingt erwogen hat, führt diese nach der neoklassischen Gleichgewichtstheorie zu mehr Arbeitslosigkeit (Harris/Todaro 1970). Wie die Unterschiede bei der Affinität zur Neoklassik in Bezug auf die Denkschulen (vgl. Abb. 3) und die Freitext-Ergänzungen der DeGÖB-Mitglieder um ordnungspolitische Schlagworte vermuten lassen, ist der Unterschied zwischen DeGÖB- und VfS-Mitgliedern bei der Frage zum Mindestlohn (vgl. Abb. 6) nicht zufällig ($p < 0,05$).

Jenseits angebots- und nachfrageorientierter Sichtweisen greift die Frage nach den Auswirkungen der Energiewende für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (vgl. Abb. 7)

Einstellungen zur Klimaökonomik auf. Konsistent mit den parteipolitischen Sympathien werden Chancen und Gefahren der Energiewende differenziert und nicht pauschal beurteilt.

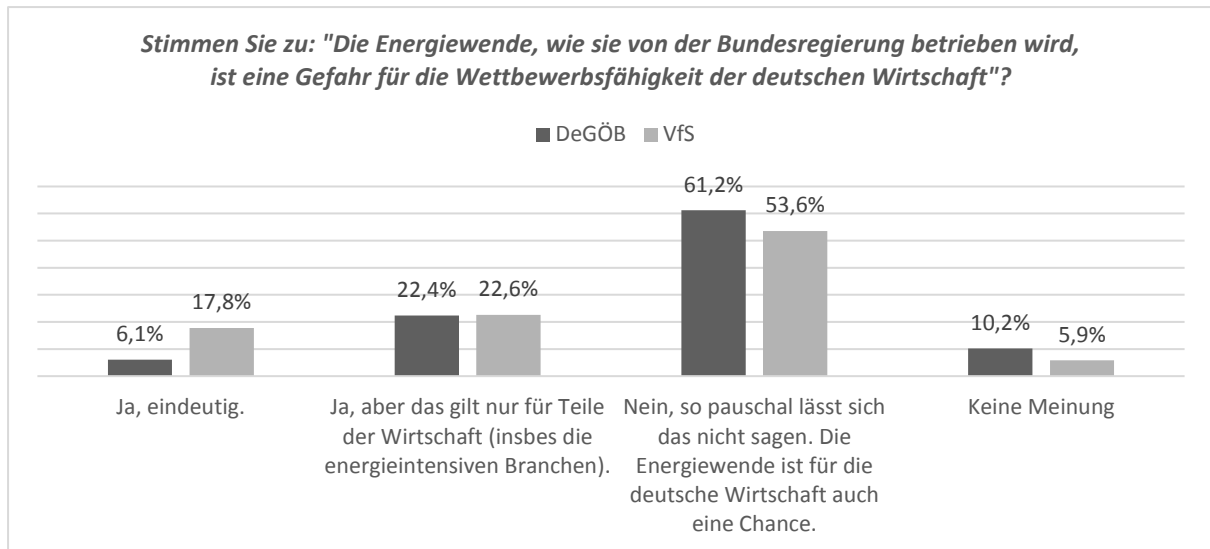


Abbildung 7: Strukturpolitik und Klimaökonomik

Anders als beim Mindestlohn-Item sind die Unterschiede in den Fragen zur Konjunkturstabilisierung (Keynesianismus), zu flexiblen Wechselkursen (Monetarismus) und zur Energiewende (Klimaökonomik) zwar sichtbar, aber nicht signifikant ($p > 0,05$).

Abschließend werden die Ergebnisse von Items im Kontext der Finanzkrise zu den Folgen für Lehre und Forschung in der Wirtschaftswissenschaft vorgestellt. Dies zielt auf Einstellungen zum (selbst-)kritischen Umgang mit Pluralität (vgl. Abb. 8), mit der Rationalitätsannahme (vgl. Abb. 9) und mit Interdisziplinarität (vgl. Abb. 10).

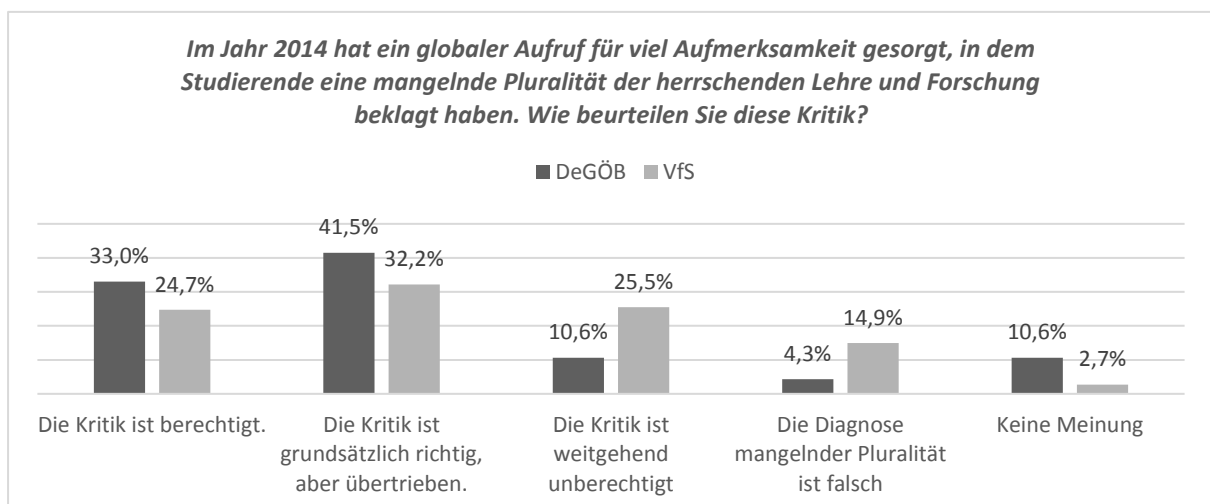


Abbildung 8: Folgen der Finanzkrise und Pluralität

Eine Mehrheit der VfS-Mitglieder und drei Viertel der DeGÖB-Mitglieder teilen die Selbstkritik an der mangelnden Pluralität der zugrunde gelegten theoretischen Paradigmen zumindest in grundsätzlicher Weise (vgl. Abb. 8). Die Kritik fällt bei den DeGÖB-Mitgliedern jedoch signifikant deutlicher aus ($p < 0,05$).

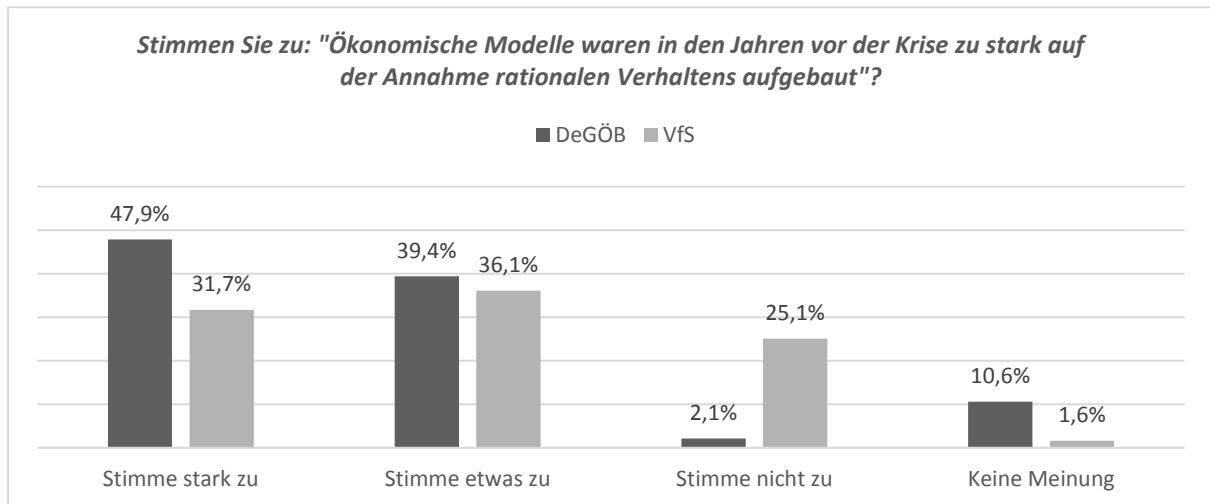


Abbildung 9: Folgen der Finanzkrise und Rationalitätsannahme

Der zumindest teilweisen Kritik an einer zu starken Rolle der Rationalitätsannahme in ökonomischen Modellen (vgl. Abb. 9) und der Forderung nach zumindest etwas mehr Interdisziplinarität (vgl. Abb. 10) stimmen in beiden Vereinen mindestens zwei Drittel der Mitglieder zu. Die Zustimmung zu beiden Aussagen fällt unter DeGÖB-Mitgliedern tendenziell stärker aus, dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant ($p > 0,05$).

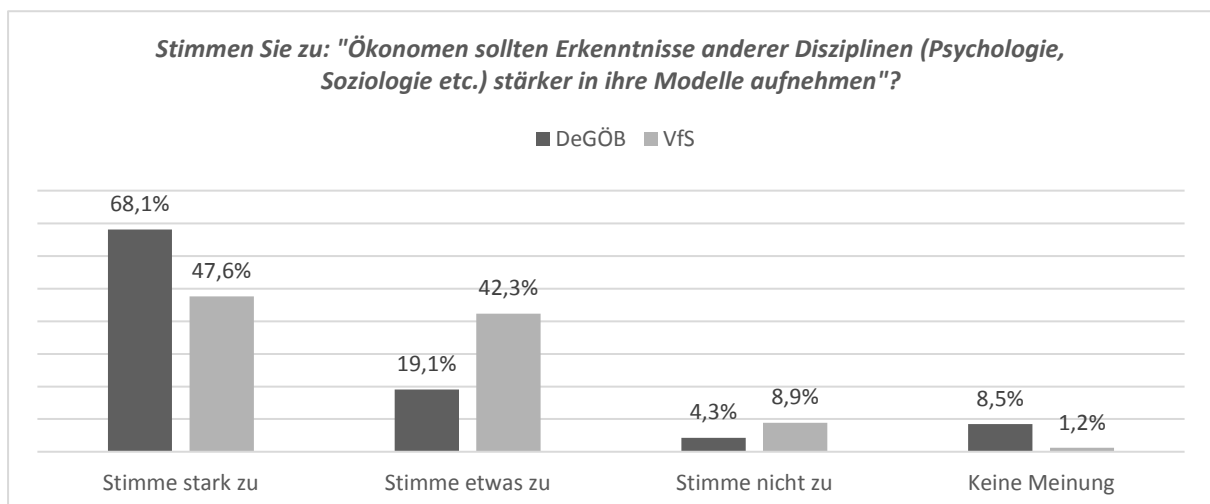


Abbildung 10: Folgen der Finanzkrise und Interdisziplinarität

Alle drei vorgestellten Items zu den Folgen der Finanzkrise für Forschung und Lehre spiegeln Offenheit für die Kritik an der Ökonomik wider.

4. Diskussion der Befunde

So klar die Befunde ausgefallen sind, so sehr bedarf es doch der Abwägung, inwieweit sie Anspruch auf Gültigkeit erheben können. Im Rahmen des hier auf einer globalen Ebene verfolgten kritisch-rationalen Ansatzes ist die Ausgangshypothese, dass sich die DeGÖB-Mitglieder in ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Ausrichtung in einer „orthodoxen mainstream economics“ bewegten, mit hinreichender Sicherheit zurückzuweisen. Gleiches gilt für eher positivistisch geleitete Aussagen über die Präferenzen und Positionen der DeGÖB-Mitglieder. Für beides reicht die Anzahl der Befragten ($n = 94$) gegenüber der Grundgesamtheit aller Mitglieder ($N = 171$) dennoch problemlos aus.

Aus methodologischer Sicht nicht unproblematisch hinsichtlich der Unbedingtheit dieser Aussage könnte allerdings der Tatbestand erachtet werden, dass nur die Mitglieder mit hinterlegter E-Mail-Adresse befragt worden sind. Hieraus könnte sich ein systematischer Bias ergeben, vor allem daher, dass die Antworten leicht überproportional von den jüngeren Mitgliedern abgegeben worden sind, die vielleicht paradigmatisch offener sein könnten als die älteren Mitglieder. Andererseits ist die Zahl der Fälle der non-response nicht so groß, dass sich ein grundsätzlich anderes Bild ergeben würde. Nicht zuletzt sind die Jüngeren oftmals die akademischen Schülerinnen und Schüler der Älteren und replizieren bei aller Eigenständigkeit oft auch deren Einschätzungen und akademischen Arbeitskonzepte im Zuge des unvermeidlichen Modelllernens.

Das wiederum könnte implizieren, dass sich hier fachdidaktische Denkschulen abbilden, und zwar in der Weise, dass eine Beantwortung unter Berücksichtigung der sozialen Erwünschtheit der Antworten erfolgt sein könnte. Sensibilisiert durch z. B. den globalen Aufruf zu pluraler Ökonomik (ISIPE 2014) kann es nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um bloße Lippenbekenntnisse handelt. Die Möglichkeit von Lippenbekenntnissen ist mutmaßlich die schwächste Stelle dieser Studie, denn sie stützt sich auf die Untersuchung von Einstellungen. Man weiß jedoch – zum Beispiel aus der Forschung zu moralischen Urteilen (Retzmann 2006) –, dass Haltungen, Urteile und Handlungen oft nicht übereinanderliegen. Andererseits ist es aufgrund der grundgesetzlich gewährten Rechte immer noch so, dass ein Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin in Deutschland keiner inhaltlichen Rechenschaftspflicht, sondern nur der Pflicht zur Wahrheit unterliegt, und dass von daher die Anreize oder gar der

soziale Druck selten zum Tragen kommen dürften, die das Urteilen und Handeln in so manch anderem Kontext auseinandertreiben.

Wenn die Sprache auf die soziale Erwünschtheit von Antworten kommt, ist notwendig darauf zu verweisen, dass nicht nur die beiden Autoren Mitglieder des Vorstandes der DeGÖB sind, sondern der Vorstand insgesamt die Befragung befürwortet und logistisch unterstützt hat. Andererseits war durch die Nutzung einer entsprechenden Befragungssoftware sichergestellt, dass keine Rückverfolgungsmöglichkeit der Antworten bestand. Durch die Kontrolle der Antworten gegen die individuellen parteipolitischen Sympathien, die Affinität zu wirtschaftswissenschaftlichen Denkschulen und die Abfrage von Zustimmung zu konkreten finanz-, wirtschafts- und strukturpolitischen Aussagen sowie zu den Lehren aus der Finanzkrise wurde zumindest versucht, Plausibilität und Konsistenz mit abzuprüfen. Diese Ergebnisse zeigen ein konsistentes und insofern mutmaßlich nicht opportunistisches Antwortverhalten auf dieser globalen Ebene.

Wie bereits erwähnt, wurde auf das Befragungsinstrument eines Internetportals zurückgegriffen. Abgesehen von forschungsökonomischen Gründen rechtfertigt sich diese Herangehensweise aus der Tatsache, dass es angelegen war, die Vergleichbarkeit mit den Umfrageergebnissen unter den VfS-Mitgliedern herstellen zu können. Zwar wurde der Fragebogen etwas eingekürzt, die Items als solche wurden aus demselben Grund aber selbst dann nicht verändert, wenn schon im Vorwege klar war, dass sprachlich unbefriedigend formulierte oder inkonsistente Skalen vorlagen. Das hat bei manchen Befragungsteilnehmenden zu Verärgerung und in Einzelfällen auch zum Abbruch der Befragung geführt. Wie aus separat eingegangenen Kommentaren deutlich geworden ist, haben die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten die eigenen Positionen nicht immer abgebildet, sodass man sich genötigt sah, entweder gar nichts oder die bestmöglichen aller eher unbefriedigenden Antwortmöglichkeiten anzukreuzen. Man kann in diesem Sinne also davon ausgehen, dass sich – besser spezifizierte Items vorausgesetzt – ein noch vielfältigeres Bild der in der DeGÖB versammelten Forscherinnen und Forscher ergeben hätte.

5. Ökonomische Bildung – paradigmengoffen

Der Orthodoxievorwurf wurde 2016 für die Wirtschaftswissenschaften in Deutschland mit „Econplus“ (Beckenbach/Daskalakis/Hoffman 2016) im Auftrag des Netzwerks Plurale Ökonomik und „Neues Ökonomisches Denken“ (Kapeller/Pühringer/Grimm 2016) vom For-

schungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung NRW in Studien entfaltet. Erstere sprechen von „Orthodoxie“ als „einem vorherrschenden Kanon an Vorstellungen, Konzepten, Modellen und Methoden“, die „sich heutzutage weitgehend im Denkgebäude der neoklassischen Ökonomik“ bewege (Beckenbach/Daskalakis/Hoffman 2016, 1). Man könnte auf dieser Grundlage einfach den Vorwurf der Orthodoxie und die offene Abwertung der „mainstream economics“ als unlogisch, schlecht informiert oder wenigstens unsachlich widerlegen.

Tatsächlich wurde die Bezeichnung „mainstream economics“ im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs selbst zum Ende der 1990er-Jahre populär und von Samuelson und Nordhaus (2001; Klappentext) in ihrem volkswirtschaftlichen Standardwerk als Synthese von Neoklassik und Keynesianismus dargestellt. Die akademische Sichtweise einer Synthese zweier Denkschulen steht damit schon definitorisch im Widerspruch zum durchaus pejorativ gemeinten Vorwurf einer Orthodoxie, die nur auf der Neoklassik fuße.

„Orthodoxie“ könnte im Übrigen von außen jeder wissenschaftlichen Disziplin vorgeworfen werden: Die Definition verweist auf Thomas S. Kuhns wissenschaftstheoretisches Konstrukt des wissenschaftlichen Paradigmas (Kuhn 1969). Dieses besagt, dass alte Denkschulen sich gegen das Aufkommen von neuen Denkschulen zu Wehr setzen, diese aber aufgrund eines über kurz oder lang höheren Nutzenniveaus sich durchsetzen. So richten sich diejenigen, welche die ökonomische Klassik und Samuelsons Entwurf einer neoklassischen Synthese als „mainstream“ zu präzisieren meinen müssen, sehr bequem darin ein, sich als Begründer einer neuen Kuhnschen S-Kurve des Erkenntnisnutzens zu gefallen. Für den Augenblick ist das jedoch empirisch gehaltlos: Weder ist nachgewiesen, dass der Erklärungswert dieser Paradigmen verlorengegangen ist, noch, ob die „neuen“, „pluralen“ Konzepte irgendwann ihren Aufstieg über den unteren Haken der S-Kurve je hinausfinden werden.

Nicht zuletzt haben auch in anderen Wissenschaften die älteren Paradigmen oft nach wie vor einen substanziellen Erklärungswert oder einen didaktischen Mehrwert im Sinne eines genetischen Lernens behalten, obwohl sie von neuen Paradigmen anerkanntermaßen übertroffen worden sind. So ist es etwa in der Newtonschen Physik im Verhältnis zur Relativitätstheorie. Es würde niemand für didaktisch sinnvoll halten, jeden Physikunterricht gleich auf der Grundlage von Einsteins neuerem Paradigma auszugestalten. Und in der Praxis des Alltäglichen reicht die Newtonsche Mechanik bestens zu. Nimmt man ein weiteres Beispiel hinzu, nämlich die juristische Wissenschaft, so relativiert sich der Vorwurf weiter, denn kein Jurist käme ohne die regelmäßige Bezugnahme auf die Autorität der h.M. (herrschenden Meinung) sonderlich weit. Zugleich zeigt zum Beispiel die höchstrichterliche Rechtsprechung, dass die herrschende

Meinung keineswegs zugleich als eine ewige Konstante zu interpretieren ist, sondern immer in relativierendem Bezug auf die aktuelle Lebenspraxis.

Es sind nun schließlich vor dem Hintergrund der hier erarbeiteten Befunde überdies die Behauptungen der strengen Orthodoxie und des Klammerns an klassisch-neoklassische Inhalte auch empirisch unhaltbar geworden. Die ökonomische Bildung in Deutschland, so wie sie in der Breite von den DeGÖB-Mitgliedern vertreten wird, zeigt sich in der Summe als paradigmoffen und selbstkritisch. Bereits die Befragungsergebnisse unter den VfS-Mitgliedern deuten darauf hin, dass sich die Ökonomik in Deutschland nicht einfach auf eine „orthodoxe mainstream economics“ reduzieren lässt, auch wenn die klassisch-neoklassische Theorie weiterhin ihren Kern bildet. Das wäre aber auch nur dann bedenklich, wenn sie sich strikt darauf begrenzen würde. Immerhin ist dieses Paradigma nicht nur ideengeschichtlich höchst relevant, sondern auch didaktisch für ein grundlegendes Verständnis ökonomischer Zusammenhänge nach wie vor von großer Bedeutung. In concreto kommen genauso auch keynesianische, monetaristische oder ordnungspolitische Ansätze zur Anwendung.

Ist die Gruppe der befragten Wirtschaftswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen schon deutlich breiter in ihren theoretischen Interessen aufgestellt, als man es vermuten würde, gilt das für die Gruppe der Vertreterinnen und Vertreter der ökonomischen Bildung in signifikanter Weise noch eindeutiger. Die Neoklassik steht insgesamt noch weniger im Fokus, die Einstellung zur Ökonomik ist nicht paradigmatisch verengt. Damit wird das Fundament für Pluralität und Transdisziplinarität in der ökonomischen Bildung und zugleich zu einer Überbrückung der fachdidaktischen Differenz zwischen dem fachlichen Wissenshorizont und dessen Bedeutsamkeit im Alltag gelegt (Liening 2015, 21).

Ziel und Ergebnis dieses Beitrages war es, den Vorwurf von Einseitigkeit und Rückwärtsge wandtheit in der ökonomischen Bildung in Deutschland zu untersuchen, um ihn aus dem Bereich der beliebigen Spekulation herauszuholen. Diese Vorwürfe erweisen sich – jedenfalls in ihrem Anspruch auf Allgemeingültigkeit – als empirisch unbegründet. Weiterer Forschungsbedarf besteht jedoch darin, eine komplett eigenständige Studie aus der Taufe zu heben, die nicht einfach die Einstellungen abfragt, sondern unmittelbar die theoretische Rückbindung der forschenden Aktivitäten untersucht. Auch wäre es angemessen, Skalen zu nutzen, die eine weniger problematische Einteilung aufweisen: Eine Skalierung nach „stimme stark zu“ – „stimme etwas zu“ – „stimme nicht zu“ provoziert trotz der Möglichkeit, gar nicht zu antworten, eine leichte Linksverschiebung in der Datenstruktur. Eine solche neue Studie wird allerdings

sehr viel aufwendiger ausfallen müssen und ist daher nicht mehr „mit Bordmitteln“ zu bestreiten. Weiterer Forschungsbedarf besteht ferner darin zu untersuchen, wie gut es auf Basis dieser Einstellungen den fachdidaktisch Forschenden und Lehrenden letztendlich gelingt, die Praxis der ökonomischen Bildung – ausgedrückt durch Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien – im Anspruch der hier diagnostizierten Pluralität mitzugestalten.

Literaturverzeichnis

- Albert, H. (1967): Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied.
- Bank, V./Lehmann, A. (2014): Theodor Franke. Sächsischer Pionier wirtschaftspädagogischen Denkens in Deutschland. In: Seifried, J./Faßhauer, U./Seeber, S. (Hg.): Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung, Opladen, 21-38.
- Beckenbach, F. /Daskalakis, M./Hoffman, D. (2016): Zur Pluralität der volkswirtschaftlichen Lehre in Deutschland (EconPLUS) – Eine empirische Untersuchung des Lehrangebotes in den Grundlagenfächern und der Einstellung der Lehrenden. Online: pluralowatch.de (14.11.2016).
- Card, D./Krueger, A. B. (1995): Time-Series Minimum-Wage Studies: A Meta-analysis. In: The American Economic Review, Vol. 85 (2), 238-243.
- DeGÖB (2012): Satzung. Online: www.degoeb.de (14.11.2016).
- Dürmeier, T./Egan-Krieger, T. v./ Peukert, H. (2006): Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft, Marburg.
- Emnid (2016): Sonntagsfrage. Online: www.wahlrecht.de (21.02.2016).
- Eucken, W. (1949): Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung. In: ORDO, Bd. 2, 1-99.
- Franke, T. (1903): Grundzüge der deutschen Wirtschaftspädagogik. In: Jahrbuch des Vereins für wissenschaftliche Pädagogik, 35, 42-82.
- Fricke, T. (2015): Dritte große Ökonomenumfrage von Neuwirtschaftswunder.de und Süddeutsche Zeitung im Mai/Juni 2015. Online: neuwirtschaftswunder.de (21.06.2015).
- Friedman, M. (Hg.) (1956): Studies in the quantity theory of money, Chicago.
- Giles, C. (2008): The economic forecasters' failing vision. In: Financial Times UK, 25.11.2008.
- Harris, J. R./Todaro, M. P. (1970): Migration, unemployment and development – a two-sector analysis. In: The American Economic Review, Vol. 60 (1), 126-142.
- Hedtke, R. (2008): Wirtschaft in die Schule?! Ökonomische Bildung als politisches Projekt. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Heft 4, 455-461.
- Herbart, J. F. (1835/ ²1964): Umriss pädagogischer Vorlesungen, Paderborn.

- Humboldt, W. v. (1809/1920): Unmassgebliche Gedanken über den Plan zur Einrichtung des Lithauischen Stadtschulwesens. In: ders., Wilhelm von Humboldts Werke. Dreizehnter Band, Berlin, 276-283.
- ISIPE (2014): Internationaler studentischer Aufruf für eine Plurale Ökonomik. AVL www.isipe.net (aufgerufen: 14.11.2016).
- Kapeller, J./Pühringer, S./Grimm, C. (2016): Zum Profil der deutschsprachigen Volkswirtschaftslehre – Paradigmatische Ausrichtung und politische Orientierung deutschsprachiger Ökonom_innen. Online: www.fgw-nrw.de (14.11.2016).
- Kuhn, T. S. (1969): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M.
- Liening, A. (2015): Ökonomische Bildung – Grundlagen und neue synergetische Ansätze, Wiesbaden.
- LimeSurvey (2015): LimeSurvey – An Open Source Survey Tool. Online: www.limesurvey.org (21.02.2016).
- Müller, C. (2007): Neoliberalismus und Freiheit – Zum sozialetischen Anliegen der Ordo-Schule. In: ORDO, Bd. 58 (1), 99-108.
- Retzmann, T. (2006): Didaktik der berufsmoralischen Bildung in Wirtschaft und Verwaltung – Eine fachdidaktische Studie zur Innovation der kaufmännischen Berufsbildung, Nordstedt.
- Samuelson, P. A./Nordhaus, W. D. (2001): Economics, 17. Aufl., New York.
- Siebke, J./Thieme, H. J. (1999): Einkommen, Beschäftigung, Preisniveau. In: Bender, D. et al. (Hg.): Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., München, 95-186.
- Zinn, K. G. (2006): Neoliberalismus. In: Urban, H.-J. (Hg.): ABC zum Neoliberalismus – Von Agenda 2010 bis Zumutbarkeit, Hamburg, 164f.